

Ressort: Finanzen

Wirtschaftsinstitute senken Wachstumsprognose

Berlin, 27.09.2018, 10:24 Uhr

GDN - Die deutsche Wirtschaft wird laut des am Donnerstag vorgestellten Herbstgutachtens der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2018 nur um 1,7 Prozent wachsen. Bei der letzten Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr waren sie noch von 2,2 Prozent Wachstum ausgegangen.

Für das kommende Jahr nahmen sie ihre Vorhersage leicht von 2,0 auf 1,9 Prozent zurück. "Die Risiken für die deutsche und die internationale Konjunktur haben sich gegenüber dem Frühjahr vergrößert", teilten die Institute am Donnerstag mit. Insbesondere die zunehmende Zahl von Handelskonflikten und die Möglichkeit eines ungeordneten Austritts Großbritanniens aus der EU sowie eine mögliche Schuldenkrise in Italien spielten dabei eine große Rolle. "Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft verliert an Fahrt", sagte RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn. "Die Nachfrage aus dem Ausland ist schwächer geworden, gleichzeitig haben Unternehmen offenbar zunehmend Probleme, genügend Arbeitskräfte für ihre Produktion zu finden." Die Beschäftigung wird nach Ansicht der Forscher weiter zulegen. Die Zahl der Erwerbstätigen werde von 44,9 Millionen in diesem auf 45,3 Millionen im nächsten und auf 45,6 Millionen im Jahr 2020 steigen, teilten die Institute weiter mit. Gleichzeitig werde die Zahl der Arbeitslosen von 2,3 über 2,2 auf 2,1 Millionen Menschen sinken. Damit werde die Arbeitslosenquote von 5,2 über 4,8 auf 4,5 Prozent zurückgehen. Bei der Inflation rechnen die Forscher damit, dass sie sich voraussichtlich von 1,8 Prozent im Durchschnitt dieses Jahres auf zwei Prozent im kommenden Jahr beschleunigt und 2020 bei 1,9 Prozent liegen wird. Dabei nehme der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb zu, so die Wirtschaftsinstitute. Für den gesamten Prognosezeitraum erwarten sie zudem deutliche Finanzierungsüberschüsse des Staates. Im laufenden Jahr dürfe er demnach mit 54 Milliarden Euro einen neuen Höchstwert erreichen. Bis zum Jahr 2020 wird er laut Prognose durch die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik auf 41 Milliarden Euro abschmelzen. Zu den Wirtschaftsinstituten, die zweimal jährlich Diagnosen über die wirtschaftliche Lage in Deutschland erstellen, zählen das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH Halle), das Münchener Ifo-Institut, das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) und das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-112511/wirtschaftsinstitute-senken-wachstumsprognose.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com